



Bericht des Fraktionsvorsitzenden zur Jahreshauptversammlung am 10.05.2019 (für den Zeitraum ab dem 04.05.2018)

Mein Fraktionskollege Dr. Rudolf Benninger und ich haben uns im Berichtszeitraum in den Sitzungen der SVV und den Ausschüssen weiter rege durch Beiträge beteiligt. Dr. Benninger vertritt uns im Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss, ich im Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss sowie in der Lokalen Partnerschaft (LoPa) im Rahmen des Stadtumbaukonzepts.

Der im Oktober 2017 aus der Fraktion der FWH ausgetretene Vertreter der Freien Wähler hat sich zwischenzeitlich der CDU-Fraktion angeschlossen. Die Kooperation aus SPD (mit 12 Sitzen), FWH (nun 3) und Grünen (3) hat ihre Mehrheit von einer Stimme verloren und verfügt über 18 Stimmen, eine Stimme weniger als CDU (jetzt 14), AfD (3) und FDP (2) zusammen. Mit unseren Stimmen können wir der Kooperation zu einer Mehrheit verhelfen oder aber mit den anderen Oppositionsparteien Beschlussanträge der Kooperation und des Magistrats die wir für falsch halten ablehnen.

Wie wir unsere Rolle sehen

Wir nutzen unsere Position für eine konstruktive Opposition und eine konstruktive Haltung im Stadtparlament. So versuchen wir durch Änderungsanträge zu einer Beschlussfassung zu kommen und Kompromisse zu erreichen.

Wir sind nicht der Meinung, dass es im Heusenstammer Stadtparlament brennt, wie eine Regionalzeitung formuliert hat. Auslöser für den genannten Bericht war wohl die aus unserer Sicht uneinheitliche Haltung der CDU zu der von ihr selbst vorgeschlagenen Wiederwahl des ersten Stadtrats und die anschließende Ankündigung des Bürgermeisters, die Kämmerei in sein Dezernat zu überführen, weil er sich nicht sicher sein könne, dass ihm der Kämmerer erhalten bleibt.

Wir sprechen mit dem Bürgermeister – wie auch mit der CDU und den Parteien der Kooperation. Bei wichtigen Projekten wollen wir dem Bürgermeister Orientierung für Vorhaben und Gespräche geben, ob und unter welchen Bedingungen er mit unseren Stimmen mit einer Mehrheit im Stadtparlament rechnen kann.

Eine Verlegung des Feuerwehrhauses neben den geplanten Markt beim Kreisel Einfahrt Martinsee können wir uns beispielsweise vorstellen, wenn

- den Anforderungen der Feuerwehr entsprochen wird,
- sich dies gegenüber den Alternativen als die günstigere Lösung erweist und
- auf dem jetzigen Gelände der Feuerwehr und des ehemaligen Bauhofes nicht nur Wohnungen, sondern auch Räumlichkeiten für Handel/Gewerbe/Praxen etc. geschaffen werden, um die Frankfurter Straße in diesem Bereich zu beleben und attraktiver zu gestalten. Die Chance, durch die Nutzung auf diesem Grundstück Einfluss auf die Entwicklung in diesem Sinne zu nehmen, muss aus unserer Sicht genutzt werden.

Bestimmende Themen in der SVV

Mai 2018

Kindergartengebühren

Bei einer wichtigen Abstimmung im Mai vergangenen Jahres war es die CDU, die mit der Kooperation und gegen unsere Stimmen und die der AfD gestimmt hat. Dies betraf die gänzliche Beitragsbefreiung für die Betreuung von Kindern über drei Jahren in den Kindergärten.

Bekanntlich hat die Landesregierung ab August letzten Jahres eingeführt, den Kommunen einen Kostensatz von 135,60 € im Monat für die ersten sechs Betreuungsstunden zu erstatten, wenn im Gegenzug für diese Stunden keine Gebühren mehr von den Eltern erhoben werden.

Wir haben zwar ebenfalls für die Beteiligung an diesem Programm gestimmt. Nicht aber dafür, auch für die weiteren Stunden keine Gebühren mehr zu erheben. Der Bürgermeister sah aber die Gelegenheit, die Gebühren für über Dreijährige ganz abzuschaffen, wofür er bei der Bürgermeisterwahl eingetreten war. Die CDU hat sich dann dem angeschlossen und ihren eigenen Antrag, der auf unserer Linie lag, noch entsprechend geändert.

Wir hatten Fragen zu den finanziellen Auswirkungen eingereicht. Aus den Antworten ergibt sich, dass mit den Gebühren für die Stunden nach der sechsten Stunde die Kosten für fünf Betreuer*Innen abgedeckt werden können.

Die Kommunen werden zur Hälfte an den Kosten des Landes über eine Anpassung bei den Schlüsselzuweisungen beteiligt. Forscher und Kommunalverbände haben das Gesetz kritisiert, weil es sich nur um eine Subvention handelt, die zu hohen Mitnahmeeffekten führt und zu keinen Verbesserungen bei dem Angebot für die Kinder.

Juni 2018

Machbarkeitsstudie Pfarrheim St. Cäcilia (I)

Wir haben der Erstellung einer Machbarkeitsstudie zugestimmt, nach dem die Kirchengemeinde nach Alternativen zu dem bisherigen Konzept für ihr Grundstück sucht.

Resolution zum Fluglärmenschutz

Auf unseren Antrag wurde die Beschlussfassung über eine Resolution gegen eine Verlegung von Flugrouten über Heusenstamm um den Auftrag an den Magistrat ergänzt, für eine bestmögliche Vorbereitung auf das Konsultationsverfahren über diese Änderungen Sorge zu tragen. Als erste Maßnahme erfolgte daraufhin im Herbst eine Veranstaltung in der Maingauhalle zur Information der Bürger über das Vorhaben, dass den Titel aktiver Schallschutz trägt, jedoch den Fluglärm nur verlagern würde.

September 2018

Nochmals wiederkehrender Straßenbeiträge

Mit der Mehrheit von einer Stimme gegen die Stimmen der Kooperation wurde der Beschluss vom 27.09.2017 auf Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge aufgehoben.

Ein Jahr zuvor hatten wir einen Gegenantrag zum Antrag der Kooperation gestellt, wiederkehrenden Straßenbeiträge einzuführen. Er wurde damals mit der Mehrheit von einer Stimme abgelehnt. Die AfD hat den gleichen, d.h. unseren Antrag nochmals gestellt, der mit den inzwischen geänderten Mehrheitsverhältnissen angenommen wurde. Wir waren für eine Wiederholung unseres Antrages vor dem Ablauf eines Jahres nach der Geschäftsordnung gesperrt.

November 2018

Machbarkeitsstudie Pfarrheim St. Cäcilia (II)

Der vorgelegten Machbarkeitsstudie wurde im Grundsatz zugestimmt. Sie soll als Grundlage für weitere Sondierungen dienen. Wir haben in der Aussprache deutlich gemacht, dass damit kein Präjudiz für eine Zustimmung zu dem Projekt verbunden ist, insbesondere, weil die Kosten derzeit noch völlig offen sind, die für den Bau, die Nutzung und den Unterhalt auf die Stadt zukämen. Anders als die CDU schließen wir eine Nutzung eines Teiles des Geländes vor dem Haus der Stadtgeschichte als Außenfläche für eine Kita nicht von vornherein aus.

Februar 2019

Haushalt 2019

Die Beratungen des HH-Entwurfs für 2019 erfolgten wieder in der auf unsere Initiative zurückgehende Weise. Der Kämmerer hat den HH-Entwurf nach der Einbringung in der SVV in der folgenden Sitzung des HFA, bei der alle Stadtverordneten Fragen stellen konnten, erläutert. Anschließend fanden Sitzungen der Fachausschüsse statt, zu der wieder alle Stadtverordneten Fragen stellen konnten. Wir werden darauf drängen, dass auch alle eingeladen werden. Die Fachbereichsleiter der Stadtverwaltung standen für Auskünfte zur Verfügung. Jeder Stadtverordnete konnte sich so ein umfassendes Bild vom HH-Entwurf machen und Fragen dazu stellen.

Der Haushalt für 2019 konnte ohne Erhöhung der Grund- oder Gewerbesteuer ausgeglichen werden. Dies war insbesondere einer günstigen Entwicklung bei den Steuereinnahmen zu verdanken ist. Wir haben dem Entwurf zugestimmt. Unsere Haltung zum Haushalt ist in der Haushaltsrede, einzusehen auf der Homepage des OV, nachzulesen.

Allerdings sieht die mit dem Haushalt 2019 vorgelegt Mittelfristplanung für das Haushaltsjahr 2020 zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts eine Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B von 450 v. H. auf 740 v. H. vor. Das ist eine Steigerung um nahezu zwei Drittel.

Rund 2,0 Mio. Euro geringere Einnahmen und rund 2,5 Mio. Euro höhere Kosten und Aufwendungen gegenüber der noch für das Jahr 2018 vorgelegten Mittelfristplanung verdeutlichen die angespannte Haushaltslage. Insbesondere der weiter angestiegene Bedarf an Plätzen für die Betreuung von unter und über dreijährigen Kindern aber auch von Schulkindern wird die finanzielle Situation zusätzlich verschärfen.

Dies bietet aus unserer Sicht Anlass, bereits im Vorfeld zu den Haushaltsberatungen und parteiübergreifend Lösungsansätze für eine Vermeidung oder jedenfalls Begrenzung von Steuererhöhungen zu erarbeiten, die in die Haushaltsplanung für das Jahr 2020 einfließen. Dazu haben wir unter dem 27.04.2019 beantragt, einen Arbeitskreis „Haushaltsausgleich 2020“ einzurichten. In der OffenbachPost vom 03.05. war dazu ein ausführlicher Bericht zu lesen.

In einem Kommentar dazu in der Ausgabe vom 05.05.19 wurde gefragt, ob damit die Haushaltsberatungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen sollen, weil es dann zu keinen Beratungen mehr in den öffentlichen Fachausschüssen kommen könnte. Wir hatten aufgenommen, dass die Sitzungen in der Regel nicht öffentlich sein sollen und das Gremium keine bindenden Beschlüsse fasst, entsprechend den Regelungen für den Ältestenrat.

Ich habe keine Sorge, dass die Argumente für Lösungen oder auch bei deren Scheitern nicht auch in öffentlicher Debatte ausgetauscht werden.

Eine parteiübergreifende Maßnahme konnte bereits in diesem Jahr vereinbart werden. Nachdem der Magistrat eine sich zuspitzende Raumnot im Rathaus geltend gemacht hat, haben wir zunächst sehr zurückhaltend reagiert und zunächst Informationen zu den vorhandenen Flächen und deren Nutzung erbeten. Auch andere Nutzungskonzepte müssten geprüft werden. Als Lösung, der sich alle angeschlossen haben, hat sich dann ergeben, dass die Fraktionsräume von der Verwaltung tagsüber als Sitzungszimmer genutzt werden.

März 2019

Umnutzung KiTa Schlossmühle

Nach über einjähriger Diskussion über die Umnutzung der Schlossmühle in eine Kindertagesstätte konnte schließlich ein Beschluss gefasst werden, den alle Fraktionen bis auf die AfD mitgetragen haben. Nachdem wir mehrfach in Anfragen und Presseerklärungen nach Alternativen zur Schlossmühle gefragt haben, forderten wir den Magistrat im März auf, seine Beschlussvorlage, nach der der Umbau gestoppt werden sollte, zu ergänzen und zugleich konkret aufzunehmen, welche Einrichtungen statt der Schlossmühle verwirklicht werden sollen. Zugleich signalisierten wir unsere Zustimmung zu einer so geänderten Vorlage. Diese erfolgte wenige Tage später und war konsensfähig.

Anhörungen/Besichtigungen

Wir haben Anhörungen und Besichtigungen initiiert.

Dies betraf im Rahmen des Antrags auf Aufnahme in das Stadtentwicklungsprogramm eine Besichtigung des Dachgeschosses des Rathausschlusses. Dessen Sanierung wurde auf unsere Initiative in die Antragsunterlagen mit aufgenommen. Auch das Klärwerk mit dem größten Investitionsvolumen im Haushalt wurde auf unsere Nachfrage hin besichtigt.

Im Ausschuss angehört wurden die Integrationsbeauftragte sowie der Zuständige für das Programm Demokratie leben. Bei beiden Anhörungen zeigten sich deutliche Defizite. Im Rahmen der Suche eines geeigneten Grundstücks für eine neue Grundschule haben wir eine Anhörung der Leitung der Adolf-Reichwein-Schule erbeten. Diese hat einer Nutzung der Freifläche neben der bestehenden Schule nachdrücklich widersprochen, was ja zunächst im Schulentwicklungsplan vorgesehen war.

In einer Presserklärung haben wir zum Stil der Auseinandersetzung im Stadtparlament Stellung genommen. Hierauf haben wir von verschiedenen Seiten positive Reaktionen erfahren.

Heusenstamm, den 09.05.2018

Uwe Klein
(Fraktionsvorsitzender)